

Diktator für Deutschland 25.01.2011



BERLIN/TASCHKENT (Eigener Bericht) - Begleitet von Protesten hat der deutsche EU-Energiekommissar Günther Oettinger am gestrigen Montag den Staatschef Usbekistans zu Gesprächen empfangen. Usbekistan besitzt riesige Erdgasvorräte; deutsche Konzerne mühen sich schon seit einiger Zeit, Zugriff darauf zu erhalten. Wie Berliner Experten urteilen, dränge nun die Zeit; eine Entscheidung müsse rasch gefällt werden. Das usbekische Regime, mit dem Berlin und die EU über Erdgas verhandeln, wird schwerer Menschenrechtsverletzungen beschuldigt, welche die Repression der jetzt gestürzten Regierung Tunesiens noch in den Schatten stellen. Vor Jahren musste ein britischer Botschafter in Taschkent den Dienst quittieren, weil er gegen die westliche Kollaboration mit dem Regime protestierte - ein Schritt, den bis heute keiner seiner deutschen Amtskollegen vollzogen hat. Berlin hat im Gegenteil die 2005 verhängten EU-Sanktionen gegen Usbekistan systematisch hintertrieben, bis sie schließlich 2009 aufgehoben wurden. Die deutsche Zuarbeit für das Regime in Taschkent bezog auch Militärhilfe ein. Grund ist neben dem Interesse am usbekischen Erdgas, dass Usbekistan der Bundeswehr die Militärbasis Termez zur Verfügung stellt; diese ist für den Krieg in Afghanistan hilfreich und stärkt allgemein die deutsche Position in Zentralasien.

Unter Zeitdruck

Gemeinsam mit EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso hat der deutsche EU-Energiekommissar Günther Oettinger am gestrigen Montag den usbekischen Staatspräsidenten Islam Karimov empfangen. Über den Inhalt der Gespräche wurde bislang kaum etwas bekannt, selbst die übliche Pressekonferenz unterblieb. Taschkent besitzt Gasreserven im Volumen von 1,68 Billionen Kubikmetern und gehört zu den zehn weltgrößten Erdgasproduzenten; unter den Ländern der GUS nimmt es gegenwärtig den zweiten Platz nach Russland ein. Berlin und die EU haben ein prinzipielles Interesse, Zugriff auf die usbekischen Ressourcen zu erhalten, um ihre Bezugsquellen zu diversifizieren. Dabei stehen sie in Konkurrenz zu Beijing - und unter Zeitdruck: Taschkent hat angekündigt, in Kürze Erdgaslieferungen nach China aufzunehmen.[1]

Nabucco

Über ein allgemeines Rohstoffinteresse hinaus besitzen die usbekischen Erdgasreserven erhebliche Bedeutung, weil von ihnen der Erfolg der geplanten Nabucco-Pipeline abhängen kann. Diese soll die großen Erdgasvorräte des Kaspischen Beckens nach Europa leiten, ohne russisches Territorium zu queren - um die Abhängigkeit der EU-Staaten von Gaslieferungen aus Russland zu mindern. Ihr Name ist höchst symbolträchtig der Oper "Nabucco" von Giuseppe Verdi entlehnt, die das Streben des jüdischen Volkes nach Befreiung aus der babylonischen Gefangenschaft zum Thema hat.[2] In den letzten Wochen haben EU-Energiekommissar Oettinger und Kommissionspräsident Barroso Aserbaidschan und Turkmenistan bereist; Aserbaidschan ist als Lieferant und als Transitstaat für Nabucco von beträchtlicher Bedeutung, Turkmenistan als Lieferant. Weil Turkmenistan jedoch als unsicherer Kandidat gilt - es hat umfangreiche Lieferverträge mit Russland und China geschlossen -, soll auch Usbekistan als Quelle zur Verfügung stehen; anderenfalls könne das gesamte Projekt wegen mangelnder Lieferungen scheitern, ist zu hören. Am Nabucco-Konsortium ist maßgeblich der deutsche RWE-Konzern beteiligt [3]; entsprechend werben Berlin und EU-Energiekommissar Oettinger um die Kooperationsbereitschaft Taschkents. Auch in Sachen Nabucco ist Eile angesagt: Wie Berliner Regierungsberater erklären, befindet sich die Entscheidungsfindung über die Pipeline in der Endphase.[4]

Folterprofiteur BND

Der Staatschef Usbekistans, mit dem Oettinger und Barroso gestern konferierten, wird schon seit Jahren schwerster Menschenrechtsverletzungen beschuldigt. So bestätigen die Vereinten Nationen, dass Karimovs Regime systematisch foltern lässt. Wie der einstige Botschafter Großbritanniens in Taschkent, Craig Murray, erklärt, habe nicht nur die CIA Gefangene nach Usbekistan verschleppt und dort foltern lassen; auch der deutsche Auslandsgeheimdienst (BND) habe von in Usbekistan erforderten Erkenntnissen profitiert.[5] Murray protestierte in London massiv gegen diese Praxis, was seine deutschen Amtskollegen ihrerseits in Berlin

vermieden, und musste schließlich im Jahr 2004 seinen Dienst quittieren. Schwere Vorwürfe treffen das usbekische Regime auch im Kontext mit Unruhen im usbekischen Andijan im Frühjahr 2005. Die Unruhen wurden von Taschkent im Zusammenhang mit den kurz zuvor erfolgten Umstürzen in Georgien und der Ukraine betrachtet und als prowestlicher Aufstand gewertet; usbekische Soldaten schossen in Demonstrationen und töteten dabei mehrere hundert Menschen. Bis heute wird jegliche Opposition blutig unterdrückt; schwere Menschenrechtsverletzungen sind an der Tagesordnung.[6]

Zentralasienstrategie

Dass der Staatschef Usbekistans gestern nach Brüssel reisen konnte, obwohl die EU im Jahr 2005 Sanktionen gegen ihn und sein Regime verhängte, verdankt er Berlin. Die Bundesregierung hatte es schon Ende 2005 dem damaligen usbekischen Innenminister - einem der Hauptverantwortlichen für das Massaker von Andijan - gestattet, trotz EU-Einreiseverbots zu einem angeblichen Arztbesuch nach Hannover zu reisen. Bereits 2006 hieß es in Berichten, deutsche Diplomaten arbeiteten gezielt darauf hin, die EU-Sanktionen zu beenden.[7] Ende 2006 nahm Brüssel auf deutschen Druck einen "politischen Dialog" mit Taschkent wieder auf. Im Jahr 2007 wurde das Land in die - nach Berliner Plänen erstellte - EU-Zentralasienstrategie integriert [8], 2009 wurden die Sanktionen aufgehoben - Taschkent musste sich nur zu einem unverbindlichen "Menschenrechtsdialog" verpflichten. Der Unmut über die von Berlin erzwungene Aufhebung der Sanktionen ist bis heute in manchen EU-Staaten deutlich zu spüren. So verweigerten nun EU-Ratspräsident Herman Van Rompuy sowie der belgische Königshof ein Treffen mit Karimov.

Deutsche Interessen

Deutschland hat in zweifacher Hinsicht Interessen in Usbekistan. Neben den Erdgasreserven, die der RWE-Konzern via Nabucco gewinnbringend gen Westen leiten will, betrifft dies vor allem die deutsche Militärbasis in Termez an der Grenze nach Afghanistan. Die Bundeswehr benötigt sie für den Kriegsnachschub - sowohl für den Luft- als auch für den Landtransport, seitdem Russland und ihm folgend Kasachstan und Usbekistan die Verbringung nicht-tödlichen Kriegsgeräts per Bahn in das afghanische Kriegsgebiet gestattet haben. Der Stützpunkt in Termez stärkt zudem die deutsche Militärpräsenz in Zentralasien - einem Gebiet, das über den Afghanistankrieg hinaus wegen seiner geostrategischen Lage unmittelbar westlich Chinas von Bedeutung ist.[9] Die deutschen Interessen erklären nicht nur den Kampf Berlins für die Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Usbekistan; sie sind auch die Ursache dafür, dass die Bundeswehr trotz der Sanktionen kontinuierlich militärische Ausbildungshilfe für Karimovs Regime leistete - bis mindestens 2010. Für diesen Bruch von EU-Übereinkünften war der frühere Außenminister Frank-Walter Steinmeier (SPD) verantwortlich, in dessen Amtszeit die unzulässige Ausbildung usbekischer Militärs durch Bundeswehrsoldaten fiel.[10] Solange das Regime in Taschkent sich deutschen Wünschen nicht verweigert und die eigene Bevölkerung erfolgreich unter Kontrolle hält, kann es auf die Unterstützung Berlins und Brüssels bauen. Erst wenn Karimov die Bundeswehr aus dem Land jagt oder deutsche Erdgasinteressen ignoriert, wird Berlin seine Menschenrechtsverbrechen entdecken - oder wenn er, wie sein tunesischer Amtskollege, die Kontrolle über das Land verliert und die Bundesrepublik die Kollaboration mit ihm vergessen machen muss.

[1] Usbekistan nimmt Gaslieferungen durch Gaspipeline Zentralasien-China auf; de.rian.ru 28.12.2010

[2] Die Nabucco-Pipeline soll aus Aserbaidschan via Georgien und die Türkei nach Europa geführt werden. S. dazu [Nabucco](#), [Eine Dreiecksverbindung](#) und [Unzuverlässige Verbündete \(II\)](#)

[3] s. dazu [Südlicher Korridor](#)

[4] Nabucco project now in final decision phase; news.az 15.01.2011

[5] Deutsche nutzten Folter-Geständnisse; [www.stern.de](#) 20.04.2006

[6] Usbekistan - Amnesty International Report 2010; [www.amnesty.org](#)

[7] Kritik an deutscher Menschenrechtspolitik; Deutschlandfunk 31.10.2006. S. auch [Günstige Lage](#)

[8] s. dazu [Prioritäten der EU](#)

[9] s. dazu [Das Prinzip Einmischung](#)

[10] Marcus Bensmann: Deutsche Soldaten unterstützten trotz EU-Waffen-Embargo usbekischen Diktator; [www.ruhrbarone.de](#) 16.03.2010

Copyright © 2005 Informationen zur Deutschen Außenpolitik

info@german-foreign-policy.com